

Agenda gegen Waffenhandel

Michael Kellner

Deutschlands linke Mehrheit ist gespalten. In besonderem Maße betrifft dies außenpolitische Themen. Gegen den menschenfeindlichen Irrsinn von Rüstungsexporten anzugehen könnte hingegen ein einigendes Projekt werden. Die Kanzlerin hat mit ihrer zynischen Behauptung, Rüstungsexporte könnten Bestandteil von Konfliktbearbeitung sein, eine Steilvorlage geboten. Mit der skandalösen Exportentscheidung von Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien lieferte Schwarz-Gelb gleich noch eine Interpretationshilfe, wie Konfliktbearbeitung zu verstehen ist. Für ein Projekt gegen CDU/CSU und FDP bräuchte es allerdings eine gemeinsame Agenda, die mehr leistet als jene der ersten rot-grünen Regierung. Sie hat sich an Rüstungsexportbeschränkung versucht, aber mit den unverbindlichen Richtlinien keine dauerhafte Veränderung bewirkt.

Zum Kern einer solchen Agenda würden Transparenz und Parlamentsverantwortung gehören. Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur. Schmutzige Deals ertragen nicht das Licht der Öffentlichkeit; daher wäre radikale Transparenz präventive Exportverhinderung. Transparenz bedeutet, Licht in die Dunkelkammer des Bundessicherheitsrats zu bringen. Dort werden Rüstungsexportentscheidungen gefällt. Dessen Beschlüsse gehören umgehend veröffentlicht und mit einem Begründungszwang belegt. Die Zeiten von Hinterzimmerdiplomatie und geheimen Kabinettskriegen sind lange vorbei. In unserer Demokratie sollten die Veröffentlichung und Begründungen von Entscheidungen selbstverständlich sein. Zudem soll der Bundessicherheitsrat künftig im Konsens entscheiden, damit Menschenrechte nicht durch industriepolitische Entscheidungen überstimmt werden.

Mehr Verantwortung für Bundestagsabgeordnete ermöglicht mehr Widerstand gegen falsches Regierungshandeln. Daher sollte das Parlament künftig vor Rüstungsexporten an Drittstaaten konsultiert werden und ein aufschiebendes Vetorecht erhalten. Das wäre ein fundamentaler Bruch mit dem bisherigen System. Der Bundestag wird bislang im Nachhinein mit einer mehr als zwölfmonatigen Verspätung informiert. Das ist bequem für Abgeordnete der Regierungsfractionen. Hinter Nichtwissen lässt sich gut verstecken. Dringt doch etwas an die Öffentlichkeit, wird sich halbherzig von der eigenen Regierung distanziert. Wenn das Parlament Mitverantwortung hat, ist Abtauchen keine Option

mehr. Das wird nicht allen gefallen. Es wird aber effektiv Exportgenehmigungen verringern, weil ein Aufstand von Parteibasis und Zivilgesellschaft droht. Ein Panzer-Deal wie mit Saudi-Arabien würde nicht durchs Parlament kommen. Ein Land, das mit guten Gründen Auslandseinsätze durch das Parlament mandatiert, sollte auch den Export von Waffen vom Parlament kontrollieren lassen. Die Entsendung von Soldaten oder die Verschickung von Waffen ist ein Unterschied, aber eben nur ein gradueller.

Zu einer umfassenden Agenda gehört auch ein Verbot von Hermesbürgschaften wie eine wirksame Endverbleibsklausel oder die Verlagerung der Federführung von Rüstungsexporten vom Wirtschaftsministerium ins Auswärtige Amt. Diese Agenda ist nicht einfach durchzusetzen. Es geht im Kern darum, deutsche Rüstungsexporte massiv zu verringern und sich gegen Widerstände von industriepolitischen und Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen. 80.000 Menschen arbeiten schließlich in der Rüstungsindustrie; viel Geld wird verdient. Vermutlich würde es auch unter einer progressiven Bundesregierung kontroverse Exportentscheidungen geben. Liefert man Rüstungsgüter an Israel, weil dessen Existenzrecht unverrückbarer Pfeiler einer deutschen, aber auch linken Außenpolitik ist, trotz einer Regierung, die Friedensbemühungen torpediert und mit Präventivkrieg droht? Liefert man Pistolen für die afghanische, kosovarische oder palästinensische Polizei, um ein Minimum an staatlichem Gewaltmonopol zu gewähren, oder fördert das Gewalt? Mir wäre allerdings allemal lieber, Bundesregierung und Bundestag würden ihre Entscheidung begründen, anstatt sich zu verstecken. Gern wird vom deutschen Außen- und Sicherheitsestablishment das Fehlen eines außenpolitischen Diskurses beklagt. Wer das ändern möchte, kann mit Transparenz anfangen.

In grünen und sozialdemokratischen Reihen gäbe es für solche Reformen Bündnispartner (und Verhinderer). Auch Die Linke engagiert sich gegen Rüstungsexporte, auch wenn sie sich bisher vor allem hinter einem unerreichbaren Exportverbot durch eine Grundgesetzänderung verschanzt. Für die im Findungsprozess befindlichen Piraten sollten Transparenz und parlamentarische Kontrolle ebenfalls attraktiv sein. Bisher fehlen dazu allerdings noch entsprechende Parteibeschlüsse. Es könnte eine gemeinsame Agenda für Rot-Grün-Plus und Nexus einer außenpolitischen Annäherung sein. Als Alternative zur jetzigen Regierung würde sich der Versuch auf jedem Fall lohnen. 🌐



Michael Kellner, geb. 1977,
Sprecher der Bundes-
arbeitsgemeinschaft
Frieden & Internationale
Politik von Bündnis 90/
Die Grünen.
michael.kellner@gruene.de